

DIE RELATIVE SELBSTÄNDIGKEIT DES JUGENDSTRAFRECHTS

von

JÓZSEF MOLNÁR

Dozent, Lehrstuhl für Strafrecht, Universität „Eötvös Loránd“, Budapest

Eingegangen: 10. September 1972

1. Die spezielle Behandlung der jugendlichen Verbrecher fehlte auch in den Gesetzbüchern nicht, die unter dem Einfluss der klassischen Schulen des Strafrechts geschaffen worden sind, aber nur die auf Einfluss der Lehren der normativen Schulen zustandgekommene Rechtsentwicklung führte zur selbständigen strafrechtlichen Beurteilung der Jugendlichen. Ohne auf den Schutz der gesellschaftlichen Normen zu verzichten, betonten diese Schulen stark die Wichtigkeit der individuellen Prävention. Die generalpräventive Wirkung des Strafrechts wünschten sie in erster Reihe durch gründlichere Organisation der speziellen Prävention aufbauen, wozu eine selbständige Konstruktion des Strafrechts der Jugendlichen sich als sehr geeignet zeigte. Die moderne Rechtsentwicklung, die das Strafrecht der Jugendlichen geschaffen hatte, brachte in den klassischen Strafgesetzbüchern Änderungen in unterschiedlicher Zahl und Qualität mit sich. Die Handlung, die Person des Verletzten, der Schadenwert traten in den Strafsachen der Jugendlichen ziemlich in den Hintergrund, dagegen wurde die Persönlichkeit mit ihrer Umgebung stärker betont.

Diese Entwicklung mit ihren revolutionären Änderungen dauert noch heute an und darin äussert sich eigentlich das Eindringen der humanitären Wissenschaften in das Strafrecht. Es ist eine natürliche Sache, dass als Ergebnis dieser „Bewegung“ die rechtszentrische Auffassung gezwungen ist, gewisse Zugeständnisse zu machen. Es ist aber nichts dagegen einzuwenden, wenn dadurch der psycho-sozialpädagogische Inhalt des Strafverfahrens mittels anderer Wissenschaftszweige gesichert werden kann. Es gibt aber Länder, wo die Verbreitung der Erziehungskonzeption – zumindest in den Fällen der Jugendlichen – zu einem radikalen Bruch mit dem traditionellen Strafrecht führte. Man ist von dem Gedanken ausgehend, dass auf der Verhandlung alles im Interesse des Jugendlichen geschieht, zur Aufgabe der elementaren strafrechtlichen Garantien gelangt. Einzelne schweizer Kantone sind bestrebt auf den „Gerichtsverhandlungen“ die Atmosphäre eines Familienrates zu sichern. Hier hat der Richter nur die Rolle eines Fachverteidigers, der das Interesse des Jugendlichen vertritt. Eine ähnliche Auffassung kommt auch in einzelnen Staaten der Vereinigten Staaten zur Geltung, wo in Sachen der Jugendlichen die

„gerichtlichen Duelle“ beseitigt werden sollen, und statt dessen die Gerichte verpflichtet werden in den verhandelten Sachen als Vormund des Jugendlichen zu verfahren.

Die in diesen Ländern durchgeführten empirischen Untersuchungen beweisen, dass die genannten Lösungen keinen entsprechenden Schutz für die Gesellschaft bedeuten, aben sie fördern auch die individuelle Prävention nicht. Dabei werden die vor Gericht stehenden Jugendlichen radikal jener — für die Erwachsenen zur Verfügung stehenden — Garantien beraubt, die geeignet wären gegen die bei solchen Verfahren angewandte wohlwollende Willkür einen Schutz zu bieten. All das beweist, dass das Verschmelzen oder die Vertauschung der gerichtlichen und sozialen Funktionen des Gerichtes der Jugendlichen ohne die Gefährdung des gesellschaftlichen und persönlichen Rechtsschutzes nicht durchgeführt werden kann. Die Verbreitung der in Richtung der Entwicklung wirkenden sozialen und pädagogischen Anschauungsweise darf nicht zum Abreißen des traditionellen Gebäudes des Strafrechts führen. Die Arbeit des Richters, der in Sachen eines jugendlichen Täters vorgeht, kann nicht mit der heilenden Tätigkeit eines Arztes identisch werden, schon deshalb nicht, weil die „Krankheit“ grundlegend verschiedene Ursachen hat. Dem Wesen nach gelangen einzelne Forscher, wie z. B. Veillard und Cybulski, die die kriminologische Seite der Jugendkriminalität untersuchen, zur selben Auffassung: „...die Verfahrensauffassung der neuartigen Behandlung der jugendlichen Verbrecher beseitigte während eines halben Jahrhunderts die alte Auffassung des Strafrechts nicht.“¹

Die Beurteilung des ein Strafverfahren nach sich ziehenden Delikts verliert auch in den Fällen der Jugendlichen ihre Bedeutung nicht. Im Gegenteil bleibt das Gesetz durch seine positiv-rechtlichen Bestimmungen ein wesentlicher Teil der im Gerichtsverfahren verkörperten, „aus teilenden Gerechtigkeit“.

Nach der Feststellung des Gesagten möchten wir betonen, dass wir jene Änderungen, die im Strafverfahren der Jugendlichen international erscheinen nicht für beängstigend finden. Die in den einzelnen Ländern eingeführten neuen rechtlichen und technischen Lösungen beweisen, dass die interdisziplinäre Untersuchung der gesellschaftlichen Wurzeln der Jugendkriminalität ihre Wirkung auch in der Wahl der Behandlungsformen fühlen lässt. Unter normalen Umständen kann das nicht zu einer Entthronung des traditionellen Strafrechts führen, insbesondere dann nicht, wenn die Kriminalisten die auf dem Gebiet des Strafrechts auftretenden neuen Wissenschaften nicht als Feinde behandeln, die eine Revision der Tradition fordern; wenn sie sich krampfhaft an die starren Regeln des klassischen Strafrechts klammern, sondern sie den Änderungen entgegengehen, die Änderungen, die eine moderne Beurteilung ermöglichen, sogar fördern. Alle diese Erfordernisse werden auf den internationalen Beratungen, die die rechtliche Prävention zwecks Beeinflussung der Jugendkriminalität modernisieren sollen immer häufiger hervorgehoben. Weder die Mittel noch die Formen dieser rechtlichen Prävention dürfen statisch sein, sie sind gesellschaftlich bedingt und müssen dem gegebenen

Entwicklungsniveau der sozialistischen Gesellschaft, sowie dem Umfang, der Struktur und der Dynamik der Kriminalität entsprechen.

Es ist also begründet, dass die strafrechtlichen Bestimmungen bezüglich der Jugendlichen in den Vordergrund unseres Interesses treten, deren selbständige Untersuchung auch bisher notwendig war, aber durch deren immer markanteren Umriss heute in erhöhtem Grad jene Erfordernisse der Gesetzgebung und der Rechtsanwendung erfüllt werden können, die bisher vielleicht versäumt wurden. Ohne die strafrechtliche Verantwortung der Jugendlichen für einen speziellen Fall der strafrechtlichen Verantwortung zu halten, anerkennen wir den speziellen Charakter der geregelten Lebensverhältnisse. Deshalb können die Normen des Strafrechts bezüglich der Jugendlichen nicht als akzidentelle betrachtet werden, sondern sie weisen ein bestimmtes System auf, das sich auf die Gebiete des materiellen Rechts und des Verfahrensrechts erstreckt, aber das eigentlich fast alle Tätigkeiten der Justizorganisation berührt. Die auf die Jugendlichen bezüglichen speziellen Rechtsregeln sind eigentlich die rechtliche Widerspiegelung jener strafrechtspolitischen Erfordernisse, die das Alter, die gesellschaftliche Lage, die psychischen, Bewusstseins- und moralischen Eigenschaften der Jugendlichen in Betracht nehmen.

Die immer grössere Spezialisierung der rechtlichen Regelung kann allein den in soziologischem und psychologischem Sinn genommenen speziellen Charakter des untersuchten Gebiets ausdrücken, den auch die kriminologischen Untersuchungen immer überzeugender beweisen.

2. In unserer strafrechtlichen Literatur nach der Befreiung ist die relative Selbständigkeit des Strafrechts der Jugendlichen eindeutig anerkannt. Die Betonung wurde immer auf die Anerkennung der Relativität gelegt, die dem Wesen nach — neben Erwähnung des Spezifischen — der Bekräftigung und dem Schutz der Einheit des Deliktbegriffes diene. In dieser Abfassung sind sowohl formelle, wie auch inhaltliche Elemente aufzufinden. Formell ist die Berufung, dass die Bestimmungen des allgemeinen und besonderen Teils des StGB mit den im Kapitel VI enthaltenen Abweichungen auch im Falle der Jugendlichen anzuwenden sind. Jene Berufungen sind inhaltlichen Charakters, die sich auf die Komponenten der strafrechtlich zu beurteilenden antisozialen Verhaltensweisen d. h. auf die empirische Formel der Delikte beziehen. Das setzte sich einerseits aus der Rechtswidrigkeit der Handlung, andererseits aus der Zurechnungsfähigkeit des Verübers und seiner schuldhaften Handlung zusammen. Im Falle des Vorhandenseins der Bedingungen erfolgt die Strafe, die dann als gerecht bezeichnet werden kann, wenn das darin ausgedrückte Werturteil mit dem verübten Delikt adequat, d. h. dazu proportionell ist. Dieses durch das Strafgesetzbuch ausgebaute geschlossene System umfasst die Fälle der Erwachsenen und der Jugendlichen, mit der Ergänzung, das mittels einiger spezieller rechtlicher Bestimmungen der die Repression bestimmende Richter von der Betonung des objektiven Gewichts der Handlung absehen kann und die persönlichen Eigenschaften des Täters in den Mittelpunkt des Entscheidungsmechanismus stellt. Theoretisch ist damit auch die Selbständigkeit des Jugendstrafrechts erschöpft.

Wir möchten in diesem Aufsatz das Problem der relativen Selbständigkeit des Strafrechts der Jugendlichen im Vergleich mit der herrschenden theoretischen Auffassung neuartig, von der Seite der Betonung der Selbständigkeit annähern. Zweifellos fördert unter unseren Umständen diese Ausführungen auch die Tatsache, dass das starre Festhalten an die Konzeption des einheitlichen Deliktbegriffs — wenn auch in ganz anderen Hinsichten — seit der nach Verbrechen und Vergehen unterscheidenden Novelle des StGB — aufgehört hat. Andererseits kamen die speziellen Lebensverhältnisse der Jugend auch in anderen Bezügen in den Vordergrund des Interesses der Gesellschaft (Jugendgesetz). Es wäre unrichtig auch jene Möglichkeit ausser Acht zu lassen, dass eine exaktere Abfassung des Strafrechts der Jugendlichen trotz den Zusammenhängen solche Forderungen gegenüber dem Gesetzgeber und dem Rechtsanwender zum Vorschein bringen könnte, für welche der Bedarf schon bisher bestand und ihre Vernachlässigung eigentlich Zugeständnisse bedeutete, die der Konzeption der Einheitlichkeit der Strafregele gemacht wurden. Schliesslich ist die Anerkennung der relativen Selbständigkeit des Strafrechts der Jugendlichen auch durch den Aufbau des ganzen Systems der Gerichtsbarkeit begründet (Abteilungen der Polizei für Jugendschutz, Staatsanwälte der Jugendlichen, verfahrensrechtliche Regeln bezüglich der Jugendlichen, Jugendgerichte, spezielle Gefängnisse und Besserungsanstalten, usw.). Der Ausbau des Systems der Gerichtsbarkeit und das untereinander eng verbundene geschlossene Netz begründet mindestens ebenso die Betonung der Selbständigkeit, wie der Zusammenhang mit den anderen Bestimmungen des StGB die Anerkennung des relativen Charakters der Selbständigkeit.

Diese Argumente sind natürlich allzu praktisch, um eine Änderung der Abfassung des Problems von theoretischer Bedeutung auch nur in geringem Masse notwendig zu machen. Das Wesen des Problems ist aber eben in den diesbezüglichen strafrechtlichen Grundsätzen zu suchen. Die theoretische Grundlage der strafrechtlichen Verantwortlichmachung ist nämlich in beiden Fällen die schuldhafte Verübung einer strafbaren Handlung seitens einer zurechnungsfähigen mindestens 14 Jahre alten Person. Wird das Diagramm der Verantwortlichmachung der Erwachsenen mit einer dicken Linie dargestellt, so kann die Verantwortung der Jugendlichen dazu im Vergleich mit einer der dicken Linie genau folgenden dünnen Linie wirklichkeitsgemäss dargestellt werden. Die strafrechtliche Verantwortung der Jugendlichen weist also nichts Spezielles auf, kann also nicht als eine besondere Variante der allgemeinen strafrechtlichen Verantwortung betrachtet werden.

Diese Anschauungen haben sich ziemlich eindeutig in der Strafrechtswissenschaft ausgebildet und ihre Auflockerung wurde nicht einmal versucht, trotzdem, dass es aus der Praxis jedem klar ist, dass die eben das 14. Lebensjahr vollendeten heranwachsenden Personen und die Erwachsenen, die auf einem viel höherem Grad der biologischen und gesellschaftlichen Reife stehen, in vielen Hinsichten nicht in dieselbe Gruppe gehören. Das ihnen gegenüber einheitlich angewandte Mass dient zur Messung verschie-

dener Erscheinungsgruppen, daher ist auch der Vergleich nicht gut. Im ersten Fall messen wir, welche Faktoren die entsprechende Gestaltung der aktuellen Erziehungssituation bei einem erziehungsbedürftigen Jugendlichen hindern. Das Ziel ist eine in der Erziehungssituation durchzuführende Korrektur, deren Erfolg der Gesetzgeber überhaupt nicht bezweifelt. (Wie könnte man anders das Verbot der Anwendung der Todesstrafe oder der lebenslänglichen Freiheitsstrafe begründen?) Im zweiten Fall ist bei der strafrechtlichen Verantwortlichmachung auf die Ursache und Tiefe der Erfolglosigkeit eines mehr oder minder abgeschlossenen Entwicklungsprozesses hinzuweisen, der in gegebenem Fall die Perspektiven einer Besserungsmöglichkeit mit sich führt. In anderen Fällen aber zeigt der volle Verzicht auf die Umerziehung als Ergebnis des Bewertungsprozesses und ein entsprechendes Urteil den grundlegend abweichenden Charakter der untersuchten Erscheinung.

Eine gegensätzliche Anschauung liegt hier auf der Hand, die besagt, dass in den eben genannten Fällen der Unterschied nicht im Charakter der Verantwortlichmachung, sondern in der Auswahl der Folgen zu suchen ist. Ist aber jene Auffassung reell, die den Prozess der Bestimmung der strafrechtlichen Folgen von der Feststellung der ihre Grundlage bildenden strafrechtlichen Verantwortung radikal trennt? Es muss angenommen werden, dass die rechtlichen Kriterien der Zurechnungsfähigkeit im Falle der Jugendlichen und der Erwachsenen überhaupt nicht voneinander abweichen. Es handelt sich eigentlich darum, dass jedes vernünftige menschliche Wesen, das fähig ist selbständig sein eigenes Verhalten zu bestimmen und dementsprechend zu handeln, notwendigerweise auch das Risiko seiner Handlungen vor sich selbst und auch vor der Gesellschaft auf sich nimmt.

Wollen wir die einheitlichen Grundlagen der strafrechtlichen Verantwortlichmachung mit der Zurechnungsfähigkeit erklären, so sind wir in einer schwierigeren Lage, als jene Kriminalisten vom Anfang dieses Jahrhunderts, die die Zurechnungsfähigkeit als einheitlich und unteilbar aufgefasst hatten. So war der Täter für einen László Fayer oder Károly Csemege entweder zurechnungsfähig oder nicht, eine beschränkte Zurechnungsfähigkeit schien für sie unannehmbar zu sein. Heute bildet aber die Bedingung der Zurechnungsfähigkeit auf dem Gebiet des Zumsubjektwerdens keine so geschlossene Grenzlinie. Auch die beschränkte Zurechnungsfähigkeit schließt die strafrechtlichen Folgen nicht aus. Gewisse strafrechtliche Folgen ziehen sogar nicht zurechnungsfähige Personen, die ein „Delikt“ verüben, in den Kreis des Strafrechts ein. Wir beziehen uns hier nur auf die im StGB § 61 bestimmte ärztliche Zwangsbehandlung, bei deren Anwendung seit der Novelle des StGB nicht einmal gleichgültig ist, ob die verübte Handlung — in anderen Fällen — zur Verwirklichung eines Verbrechens oder eines Vergehens geeignet war.

Das Fehlen der abgrenzenden Rolle der Zurechnungsfähigkeit zeigt sich auch dann, wenn wir unsere obige Fragenstellung umkehren. Es handelt sich nämlich darum, dass auch im Falle der vollen Zurechnungsfähigkeit der Verüber eines Delikts nicht unbedingt strafrechtlich bestraft

werden muss. Zwar weist § 2 des Gesetzes auf die Zwangsmassnahmen, die im Falle eines Delikts zu treffen sind, nicht hin, deren Anwendbarkeit erscheint aber in anderen Stellen des Gesetzbuches klar. István Losonczy schreibt in seiner Abhandlung: „Es besteht kein Zweifel, dass der spezielle Inhalt des Strafgesetzbuches die Bestimmung der Delikte und der Strafen ist. Aber auch das ist unzweifelhaft, dass gemäss der modernen strafrechtlichen Auffassung die besonderen Bestimmungen des Strafgesetzbuches bezüglich der Massnahmen, der Anwendungsbedingungen, sowie der Jugendlichen, wenn auch keinen speziellen, so doch einen organischen Teil des Systems des Strafgesetzbuches bilden, wenn über die Kriminalität dieser Letzteren kein besonderer Kodex verfügt...“²

Vielleicht scheint es als ein formelles Argument, wir möchten aber doch bemerken, dass die Zurechnungsfähigkeit schon deshalb nicht der höchste Wächter der einheitlichen Konzeption des Deliktes und damit des Strafgesetzes sein kann, weil das Gesetz darüber ausdrücklich gar nicht verfügt. Das Fehlen der Zurechnungsfähigkeit schliesst also nicht ein Element des Deliktbegriffes, eine notwendige Bedingung der Strafbarkeit aus, sondern die Grundlage der Verwirklichung der Strafbarkeitsbedingungen, das Zumsubjektwerden des Menschen.

Deswegen ist die Zurechnungsfähigkeit ungeeignet weder die Grenzlinie der Anwendbarkeit der strafrechtlichen Strafen und Zwangsmassnahmen, noch die gesetzlichen Rahmen der einheitlichen Deliktiskonzeption zu umreissen.

Mit Hinsicht auf rein rechtliche Kriterien ist es also auch nicht ganz natürlich, dass man zwischen der Möglichkeit der Verantwortungsmachung der beiden Gruppen keinen Unterschied entdecken kann. Es ist nicht zu bezweifeln, dass die Zurechnungsfähigkeit in den Fällen der Erwachsenen und in denen der Jugendlichen durch dieselbe Gründe ausgeschlossen wird. Auch das steht ohne Zweifel fest, dass diese Kriterien in ihrer überwiegenden Mehrheit mit den von den Ärzten und Psychologen angenommenen Kategorien, die die Persönlichkeit charakterisieren, übereinstimmen. Der Unterschied würde aber sofort offensichtlich, wenn in den konkreten Fällen das eigene Verantwortlichkeitsbewusstsein des Täters einer gründlicheren Analyse unterworfen wäre. Wenn die Möglichkeit bestünde die Stufen der Erkenntnis der moralischen und rechtlichen Normen, die ständige Umformung und Erweiterung der Skala der moralischen Werte und der allgemeinen Werteorientation, die Art und Weise des Entstehens der eigenen inneren Selbstbewertung, die eine Vorbedingung der eigenen Lenkung des Verhaltens und der gegenseitigen gesellschaftlichen Beziehungen ist, zu untersuchen, könnten solche Unterschiede der Einsichtsfähigkeit zwischen den verglichenen Gruppen an den Tag gefördert werden, in deren Licht die genannte einheitliche Beurteilung bloss als eine vereinfachende Technik zu betrachten wäre.

Doch lassen wir diesen Unterschied beiseite und nehmen wir an, dass die individuellen Besonderheiten der psychischen Komponenten der Zurechnungsfähigkeit — zumindest in den Sachen der Jugendlichen — in der Erkenntnistätigkeit des Gerichtes sich widerspiegeln und dass eben

dieser Unterschied die Grundlage einer starken Differenzierung der Rechtssprechung bildet.

Wir können aber eindeutig feststellen, dass die strafrechtliche Verantwortung der jugendlichen Täter nicht vom Individuum selbst abgeleitet und als dessen autonome Kategorie gedeutet werden kann. Der Standpunkt muss auch hier streng historisch und gesellschaftlich sein. Die Verantwortung muss also die tatsächliche gesellschaftliche Lage und Rolle der handelnden Person und der Bewusstsein umfassen. In dieser Beziehung wird dann der zu bewertende Unterschied noch offensichtlicher, dessen Betonung nicht ohne praktische Folgen bleiben kann.

Hier taucht dann mit Recht die Frage auf, ob unsere bisherigen Erörterungen zur dialektischen Umlegung der innerhalb einer wissenschaftlichen Relation vorhandenen Schwerpunkte und zu deren Motivierung dienen, oder diese Änderung der Anschauungsweise aus praktischen Gründen erfolgt und zur Verwirklichung praktischer Ziele dient.

Eine solche *sui generis* Annäherung der Problematik der Jugendkriminalität bietet die Lösung einer ganzen Reihe von speziellen nur mit der Jugendkriminalität zusammenhängenden Gesetzgebungs- und Rechtsanwendungsproblemen. Zur Begründung unserer bisherigen Feststellungen erwähnen wir im weiteren einige Fragen, die die Verbesserung der Rechtspflege Tätigkeit im Zusammenhang mit der Jugendkriminalität und zugleich eine markantere Umgrenzung des Strafrechtes der jugendlichen Verbrecher fördern können.

3. In den sozialistischen Ländern besteht beinahe überall das Bedürfnis nach einer entschiedenen Hervorhebung des *Erziehungscharakters* in den Strafsachen der Jugendlichen. Wir halten diese allgemeine Ansicht, die einzeln die Einführung konkreter verfahrensrechtlicher Handlungen oder die Reform von vorhandenen erfordert, für richtig, auch wenn wir jene übertriebenen Forderungen kennen, die das Strafverfahren der Jugendlichen nach dem Muster eines unklaren kriminalpädagogischen Prozesses umgestalten möchten. Jener Standpunkt ist nämlich unannehmbar, der die Umerziehung und die Resozialisierung der jugendlichen Täter bloss für einen speziellen Fall des allgemeinen Erziehungs- und Sozialisierungsprozesses hält. Das Strafverfahren ist keine einfache spezielle Erziehungsmethode und wird es auch nie werden. Solange das heutige System der Strafgerichtsbarkeit besteht, kommt darin auch die politisch gestaltete Ausübung der Zwangsfunktion der Staatsgewalt zum Ausdruck.

Trotzdem möchten wir betonen, dass eine wichtige Eigenheit des Strafverfahrens gegen Jugendliche die erzieherische Beeinflussung ist, die den ganzen Prozess charakterisiert. Das ergibt sich in erster Reihe aus der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der von Jugendlichen verübten Delikte als die Folge des Mangels eines nicht beendeten Sozialisierungsprozesses aufgefasst werden kann. Eine ganze Reihe der gegen diese Jugendlichen angewandten administrativen und erzieherischen Massnahmen ist nicht bloss die Forderung des sozialistischen Humanismus, noch weniger irgendeine verpflichtende Deklaration, sondern ein objektiver gesellschaftlicher Bedarf, dessen Erfüllung die Aufgabe des

sozialistischen Strafrechts ist. Die Betonung des Erziehungscharakters bedeutet überhaupt nicht die Neigung zu einer milderen Beurteilung oder zur erhöhten Nachsicht. Solche Eingriffe — die vom Gericht beschlossenen Erziehungsmassnahmen inbegriffen — waren deshalb notwendig, weil die bei den Erwachsenen angewandten Verfahren und die herkömmlichen Strafen kein entsprechendes Ergebnis in den Fällen der Jugendlichen brachten. Das Ziel ist also nicht die Liquidierung der Strafen, sondern deren entsprechende Ergänzung. Sind wir bestrebt, den erzieherischen Charakter des Verfahrens zu sichern, so genügt es keinesfalls irgendeinen karitativen Standpunkt auszubilden, sondern es müssen in Richtung eines bestimmten Ziels wirkende, zusammenhängende und einander ergänzende Verfahrenshandlungen gesichert werden. Eben die Gestaltungsweise dieser Handlungen muss in den Mittelpunkt der Untersuchungen gestellt werden, um den Bedürfnissen der Praxis besser entsprechende Empfehlungen geben zu können.

4. Der erste und sehr wichtige Schritt der Verbesserung des Verfahrens erscheint schon im Zusammenhang mit der Ermittlungstätigkeit. Das ist nämlich jenes Gebiet, wo im Vergleich mit der Ermittlung der Sachen der Erwachsenen gewisse Besonderheiten begründet gefordert werden. Es handelt sich darum, dass in den Fällen der Jugendlichen im Verhältnis zu den objektiven Umständen des Tatbestandes im Interesse der Rechtssprechung in erhöhtem Mass die gründliche Aufdeckung der persönlichen Umstände des Täters anzustreben ist. Von der vielseitigen auf dieses Ziel gerichteten Tätigkeit möchte ich mich hier nur mit der *Sachverständigentätigkeit* befassen, die die Persönlichkeit des Jugendlichen aufdeckt. Heute sprechen immer weniger Argumente dagegen, dass in einem ganz frühen Abschnitt des Strafverfahrens — so insbesondere beim Verhör des Jugendlichen — das Gesetz neben der gesetzlich schon zugelassenen Mitwirkung eines Pädagogen die Anwesenheit eines Psychiaters oder Psychologen ermöglicht, in gewissen Fällen sogar vorschreibt. Bei gewissen schwereren Delikten (z. B. Tötung, Raub, Notzucht) müsste die Anwesenheit der genannten Sachverständigen obligatorisch vorgeschrieben werden, ebenso nötigenfalls die Durchführung von Sachverständigenuntersuchungen. Die heute noch vorhandene Abneigung kann durch nichts begründet werden, denn die Durchführung der Sachverständigenuntersuchung in einem so frühen Abschnitt des Verfahrens würde auf den ganzen Ermittlungsprozess und auch auf den gerichtlichen Beschluss auswirkend die Arbeit der Verfahrensteilnehmer unterstützen. Die Gutachten der Sachverständigen sollten dem Ziel dienen, dass am Ende des Strafverfahrens ein gerechtes Urteil entstehe.

Es ist ein allgemeiner Grundsatz des Strafrechtes, dass die Gerechtigkeit des Urteils eng mit dessen Proportionalität verbunden ist. Im Falle der Jugendlichen erscheint aber auch diese Proportionalität anders. Die verhängten Strafmassnahmen müssen in erster Reihe nicht zur verübten Handlung, sondern zur Korrektur der Erziehungssituation des Jugendlichen, zu deren Ergänzung oder Ersatz im Verhältnis stehen. Bei der Gestaltung des Strafverfahrens der Jugendlichen müssen reelle Ziele

gesetzt werden. Es kann sich nämlich kaum darum handeln, dass im Laufe des Strafverfahrens die Aufgabe der moralischen und rechtlichen Erziehung der Jugendlichen durchgeführt wird, nicht einmal die Lücken und Mängel einer vernachlässigten Erziehung können nachgeholt werden. Es handelt sich aber darum, dass die zu einem perspektivischen Erziehungsprozess notwendigen Kenntnisse (Strafe und Nachbetreuung) während des Verfahrens in höchstem Grade an das Tageslicht kommen. Dazu begnügen wir uns natürlich umsonst mit der Feststellung des Bestehens der die Grundlage der strafrechtlichen Verantwortung bildenden Zurechnungsfähigkeit; der Jugendrichter kann von der Erkenntnis des Niveaus der moralischen und intellektuellen Entwicklung und von der Feststellung der vom Alter abhängigen Besonderheiten nicht absehen. Der Richter kann nämlich in der Frage, ob zur Umerziehung des Jugendlichen seine alte Umgebung entsprechend ist, oder ob eine Verstärkung der Umgebung durch Freiheitsentzug, bzw. dessen Ersatz notwendig wird, aufgrund der Analyse der gegebenen Erziehungslage verhältnismässig ohne Schwierigkeit entscheiden. Ob er aber die genannte Umgebungsänderung durch eine im Strafrecht herkömmliche Freiheitsstrafe oder durch nur in den Fällen der Jugendlichen anwendbare Zwangserziehung löst, kann er ohne die konkrete Kenntnis der moralischen und intellektuellen Entwicklung des gegebenen Jugendlichen nicht entscheiden. Aber wie kann der Richter in dieser Frage ohne die Hilfe eines Sachverständigen entscheiden?

5. Die sozialpsychologischen Forschungen der vergangenen Jahre weisen darauf hin, dass auch der Prozess der Reife der Jugendlichen entsprechend der gesellschaftlichen Akzeleration schneller geworden ist. Diese Akzeleration verläuft aber sehr widerspruchsvoll, dessen Wirkungen sich auch in der praktischen Funktion des ganzen damit verbundenen gesellschaftlichen Netzsystems – so auch des Strafrechts der Jugendlichen – zeigen. Es erscheint auf der ganzen Welt, aber im Rahmen der vielseitigen materiellen und gesundheitlichen Fürsorge der sozialistischen Gesellschaft wird die bedeutende Akzeleration der biologischen und physiologischen Reife der jungen Generation sogar charakteristisch. Da aber der Zeitpunkt der gesellschaftlichen Anerkennung des Erwachsenentums unverändert geblieben ist, können gewisse Spannungen auftreten. Es kann sogar eine gewisse Verzögerung der gesellschaftlichen Anerkennung beobachtet werden, die in der Verlängerung der Schuljahre und dem längeren Spezialisierungsprozess ihren Ausdruck findet. Es kann daraus also die Folgerung abgeleitet werden, dass die soziale (und in diesem Zusammenhang die moralische und mentale) Reife der Jugendlichen im Gegensatz zur biologischen Reife ein Prozess mit gegensätzlicher Tendenz ist, für den eine relative Verlangsamung kennzeichnend ist. Es ist nur daran zu denken, dass die Vorbereitung für die im gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu erfüllenden Funktionen infolge der immer höheren politischen, moralischen und fachlichen Erwartungen notwendigerweise eine längere Zeit beansprucht. Diese verzweigten Kenntnisse können nicht mit der Vollendung des 18. Lebensjahres erwor-

ben werden. Und wenn wir noch die schon heute vorhandene Überlastung in den Schulen in Betracht nehmen, so kann mit der systematischen Organisation der Verzögerung des Erwerbs der Kenntnisse reell gerechnet werden. Es ist aber nicht daran zu zweifeln, dass die tatsächliche Beendigung des Erziehungs- und Sozialisierungsprozesses, die in sozialem und auf diesem Grund auch in rechtlichem Sinn mit den 18. Lebensjahr angegeben ist, schon heute nicht die Realitäten ausdrückt.

Die Gesetzgeber des Strafrechts wussten auch in der Vergangenheit, dass einfach das Erreichen des 18. Lebensjahres hinsichtlich der Rechtsprechung keine solche radikale und vollständige Wende bedeuten kann, die in manchen Bezügen die Beachtung der vom Alter abhängigen Besonderheiten unbegründet machen würde. Es handelt sich doch darum, dass unter Annahme einiger spezieller Bestimmungen die Beurteilung der Strafsachen der das 18. Lebensjahr vollendeten Jugendlichen eindeutig durch die Anwendung der für die Erwachsenen geltenden strafrechtlichen Regeln als gelöst betrachtet wird. Die genannten speziellen Bestimmungen können aber auch als solche aufgefasst werden, die gewisse Zweifel des Gesetzgebers ausdrücken, oder noch mehr, dessen Anerkennung, dass nach der formellen Vollendung des 18. Lebensjahres noch lange Zeit hindurch in den Fällen der jungen Täter eine im Vergleich mit den Erwachsenen sehr hohe Möglichkeit der sozialen Adaption und der Sozialisierung besteht.

Könnte nicht daraus auf die Frage des Aspektes gefolgert werden? Darauf, dass eine einengende Deutung des Strafrechts der Jugendlichen zu Einschränkungen führt, die in den Rechtsnormen zum Ausdruck kommen. Und umgekehrt, könnte man nicht vom Aspekt der vollständigeren Anerkennung des Strafrechts der Jugendlichen zu solchen Folgerungen gelangen, deren Ergebnis für die einen Übergang bildenden Abschnitte — unter Betonung der Alterskennzeichen — eine dominante Rolle des Strafrechts der Jugendlichen ist? Das ist natürlich nicht einfach eine Frage des Aspektes, sondern eine Folgerung, die auf konkreten Untersuchungen beruhen muss. Sie beruht insbesondere auf jener Erfahrung, wonach die das 18. Lebensjahr vollendeten jungen Leute in soziologischer und psychologischer Hinsicht zur Altersgruppe der Jugendlichen näher stehen, als zu den Erwachsenen.

Wird obige Feststellung angenommen und sollen auch die für das Strafrecht geltenden Folgerungen abgeleitet werden, so bieten sich dafür mindestens zwei verschiedene Wege. Der erste wäre die Erhöhung des Jugendalters auf ein etwas höheres Mass — sagen wir auf 21 Jahre.

Das würde in Wirklichkeit soviel bedeuten, dass die Anwendung der speziellen Bestimmungen, die sich auf die Jugendlichen beziehen, auf das 21. Lebensjahr ausgedehnt werden. Ausser der zahlenmässigen Steigerung der Gruppe der Jugendlichen könnte von dieser Lösung kaum erwartet werden, dass sie der Förderung der Differenzierung aufgrund der Altersbesonderheiten dient. (Das Lebensalter von 14 bis 21 Jahren bedeutet eine allzu breite Skala für die gleiche Beurteilung.) Ausserdem würde diese Lösung weitere Probleme bedeuten, weil die Erhöhung des straf-

rechtlich bedeutenden Alters die Änderung der übrigen speziellen Beziehungen der Jugendlichen mit vollendetem 18. Lebensjahr nicht nach sich ziehen würde. So hat das 18. Lebensjahr auch auf dem Gebiet des speziellen strafrechtlichen Schutzes der Jugendlichen eine bedeutende Rolle. Auch das bürgerliche Recht verbindet wichtige Folgen mit diesem Alter, insbesondere das Familienrecht, das die Rechtslage der Eltern mit den Kindern regelt, aber dieses Lebensjahr ist auch in anderen Zusammenhängen des sozialen Schutzes von grosser Bedeutung.

Deshalb scheint der andere Weg annehmbarer zu sein, der in der Ausbildung einer den speziellen Charakter der Übergangsjahre in Betracht ziehenden neuen Altersgruppe, der sog. *jungen Erwachsenenaltersgruppe* praktisch zum Ausdruck kommt. Diese Variation würde unbedingt die Abänderung der materiellen strafrechtlichen Regeln erfordern (die Gruppe würde sich auf die 18–21jährigen erstrecken), da einige der für Jugendliche geltenden speziellen Bestimmungen notwendigerweise auf die Fälle der jungen Erwachsenen ausgedehnt werden müssten und auch die Schaffung neuer materieller Rechtsnormen notwendig wäre. Grössenteils würde aber die Änderung der Regeln des Strafverfahrensrechtes und der Strafvollstreckung die besondere Behandlung dieser Übergangsgruppe kennzeichnen.

6. Ich habe schon erwähnt, dass die Selbständigkeit des Strafrechts der Jugendlichen in erster Reihe in dem besonderen Charakter der für das Delikt verhängten Rechtsfolgen zu suchen ist. Diese Rechtsfolgen sind durch kriminalpädagogische Mittel mit dem Ziel der Besserung und durch solche Verfahren gekennzeichnet. Trotzdem darf das Strafrecht der Jugendlichen nicht als eine Art Quasi-Strafrecht betrachtet werden, woraus die herkömmliche Verantwortlichmachung und damit im Zusammenhang die staatliche Repression fehlen würde. Zweifellos unterscheidet sich das Institut der Verantwortlichmachung stark voneinander je nach dem, ob eine auch gegen Erwachsene verhängbare Strafe oder eine spezielle Erziehungsmassnahme im konkreten Fall angewandt wird. Man könnte zwar damit argumentieren, dass eine gegen einen Jugendlichen verhängte Gefängnisstrafe einen besonderen Erziehungscharakter hat (wegen der Vollstreckung in einem Jugendlicengefängnis) und auch unter den Erziehungsmassnahmen solche gibt, deren Vollstreckung einen Entzug der persönlichen Freiheit bedingt (Besserungsanstalt), aber alldies ist nicht geeignet den bestehenden bedeutenden Unterschied zu verwischen. In dem Prozess, da der Richter zwischen einer Massnahme und einer Strafe wählt und einen konkreten Beschluss fasst, spielt die Erwägung zahlreicher Umstände eine Rolle. Eines ist aber sicher: das Gesetz verpflichtet den Richter in jedem Fall aus der Möglichkeit der Anwendung der Erziehungsmassnahme auszugehen und erst wenn das ausgeschlossen ist, sich zu einer Strafe zu wenden. Wir haben keinen Grund zu bezweifeln, dass diese wichtige gesetzliche Intention von den Gerichten ständig vor Augen gehalten wird. Trotzdem ist in der Gerichtspraxis die allmähliche Abnahme der Zahl der Erziehungsmassnahmen und eine zahlenmässige Erhöhung der Freiheitsstrafen zu beobachten. Wir nehmen an, dass die

Gerichte auch in den Fällen der immer häufiger vorkommenden schweren Gewaltdelikte die Anwendung einer Erziehungsmassnahme grundsätzlich nicht für ausgeschlossen halten. Die Tatsache, dass die Gerichte in der häufigeren Verhängung der Strafen eine Lösung suchen, ist wahrscheinlich durch schwerwiegende Gründe motiviert. Von diesen möchten wir nur einen hervorheben, nämlich den Umstand, dass einzelne ein schwereres Delikt ausübende Jugendlichen, bei denen infolge ihrer persönlichen Umstände die Einweisung in eine Besserungsanstalt begründet erscheinen würde, oft bloss deshalb in ein Gefängnis kommen, weil wegen ihres Alters der obligatorisch vorgeschriebene ein Jahr Aufenthalt in der Anstalt nicht mehr möglich ist. In solchen Fällen kommen natürlich diese „mildernden“ Umstände bei der Verhängung der Freiheitsstrafe zur Geltung. Die Statistik beweist, dass mehr als 51% der gegen Jugendliche verhängten Freiheitsstrafen etwa die Dauer von 6 Monaten haben, die eine Umerziehung kaum zusichern Imstande sind. In solchen Fällen kann man aber nicht mehr über die Proportionalität der Strafe, die sich an die Person des Täters richtet, und damit über das Vorhandensein einer derartigen Besonderheit reden, die das Strafrecht der Jugendlichen charakterisieren könnte.

Die Annahme der Kategorie der jungen Erwachsenen würde viel an dieser Lage ändern. Unter anderen wäre es möglich die Erziehung in einer Besserungsanstalt bis zum 21. Lebensjahr auszudehnen. Im ersten Moment weist diese Lösung auf eine Liberalisierungstendenz hin, die mit der Gerichtspraxis und mit der neuesten strafrechtlichen Entwicklung im Gegensatz zu sein scheint. In Wirklichkeit handelt es sich aber um das Geltendmachen jener Konzeption, die im Falle der Erwachsenen in der lebenslänglichen Freiheitsstrafe erscheint. Die immer weitere Anerkennung der lebenslänglichen Freiheitsstrafe kann einerseits mit der Liquidierung der herkömmlichen Proportionalität, andererseits mit der Erfolglosigkeit der Gerichtsprognosen über die Umerziehung erklärt werden. Noch einfacher gesagt, wird darin der Gedanke verwirklicht, dass die Freilassung der zu Freiheitsstrafen verurteilten Personen, nicht mit der Verbüssung des Urteils, sondern mit der tatsächlichen Verwirklichung der Umerziehung verbunden werden sollte. Die Berechtigung dieser Konzeption liegt im Falle der Jugendlichen noch mehr auf der Hand, da ja die Möglichkeit der Umerziehung im Vergleich den Erwachsenen noch viel eher besteht und der Bedarf der endgültigen Gefangenschaft nie auftauchen wird.

Natürlich würde sich die genannte Verlängerung der Erziehung in der Besserungsanstalt nur bis Ende der vom Gesetz vorgeschriebenen „jungen Jahre“ erstrecken, aber es bestünde eine viel grössere Möglichkeit zur Verwirklichung der Ergebnisse der Umerziehung und dazu, dass die Justizorgane die Freilassung, wenn auch nur relativ, trotzdem mit den tatsächlichen Erziehungsergebnissen verbinden.

Diese Doppelheit des gegen Jugendliche anwendbaren Freiheitsentzugs (Besserungsanstalt oder Jugendlichengefängnis) verursacht schon heute gewisse Schwierigkeiten im System der Repressionen nach Schwere.

Die Verlängerung der Anwendbarkeit würde zweifellos diese Schwierigkeiten noch steigern. Es verhält sich heute nämlich so, dass die Jugendlichen, die ein Delikt verübten, eine Freiheitsstrafe, die zwar auf einem sehr hohen Grad der strafrechtlichen Repressionen liegt (wenn sie auch verhältnismässig kurz ist), für viel annehmbarer halten, als eine in gegebenem Fall längere Zeit währende, aber jedenfalls als unbestimmter erscheinende Erziehung in einer Besserungsanstalt. Sie kümmern sich fast gar nicht mit dem qualitätsmässig abweichenden Charakter der Erziehung in einer Besserungsanstalt. Die Gewichtsmässige Verteilung der einzelnen strafrechtlichen Sanktionen kann aber doch nicht ganz von jener repressiven – präventiven Wirkung getrennt werden, wie diese Massnahme im Bewusstsein der ein Delikt verübenden Person erscheint. Zur Auflösung dieses Widerspruchs, aber auch zur Lösung des Ziels der wirksameren Erziehung scheint die gemeinsame Anwendung der Freiheitsstrafe und der Erziehung in einer Besserungsanstalt geeignet zu sein. Mit den diesbezüglichen Vorstellungen hat sich auch das internationale kriminologische Symposium für die Verhütung der Jugendkriminalität befasst. Es handelt sich darum, dass der Richter berechtigt werden sollte, neben der Freiheitsstrafe – insbesondere neben einer Freiheitsstrafe von kurzer Dauer – entweder in bestimmter, oder in bedingter Form über die Erziehung in einer Besserungsanstalt zu verfügen. In dem einen Fall könnte das Urteil in prognostischer Form auf die schwerere Umerziehung des Jugendlichen hinweisen und die endgültige Freilassung an die Bewertung des Verhaltens des Jugendlichen in der Besserungsanstalt binden. Der zweite Fall würde bedeuten, dass das Gericht der Strafvollstreckungsanstalt die Entscheidung überliesse, ob die Möglichkeit der Freilassung des Jugendlichen besteht, oder ob nach Abbüßung der im Urteil in Aussicht gestellten Strafe die weitere Zwangserziehung notwendig ist.

Gegen diese Lösung könnte eingewendet werden, dass die Straf- und Erziehungsaufgaben der strafrechtlichen Sanktionen noch mehr getrennt werden, indem die Freiheitsstrafe eindeutig als Strafe, die Umerziehung aber bloss als ein Erziehungsprozess betrachtet wird. Die Beurteilung der Frage ist aber in erster Reihe eine Frage der Anschauung. Erstens ist es schwer zu bestreiten, dass neben der herkömmlichen Form des Freiheitsentzugs die Erziehung in einer Besserungsanstalt tatsächlich bloss eine strafartige Massnahme ist. Zweitens würde diese Lösung überhaupt nicht die Möglichkeit beseitigen, dass eine erfolgreiche Umerziehung des Jugendlichen schon unter den Umständen des Freiheitsentzugs beendet werde. Die entgegengesetzte Anschauung enthält viel mehr Wahrheit, wonach die eben erwähnte Lösung zur Vertiefung der konkreten Beziehungen, die sich zwischen den geschlossenen Anstalten verschiedenen Typs bei den tatsächlichen Aufgaben ausbilden, beitragen könnte.

Natürlich würde die institutionelle Ausbildung dieser Beziehungen auch organisatorische Massnahmen notwendig machen. In diesem Rahmen legen wir eine Bedeutung auch den sonst vielleicht als formell erscheinenden Benennungen bei.

Zur Vollstreckung der Freiheitsstrafen der Jugendlichen dienen die Jugendgefängnisse. Diese Bezeichnung vermag bloss durch Hinweis auf das Alter jene bedeutende Abweichung überhaupt nicht auszudrücken, die dieses Institut im Vergleich zu den anderen Gefängnissen in Wirklichkeit bedeutet. In anderen Ländern — unter ihnen auch in sozialistischen Ländern — wird die Freiheitsstrafe der Jugendlichen in Besserungsanstalten vollstreckt. Bei uns würde eine diesbezügliche Änderung vor allem eine Unterscheidung in der Benennung bedeuten. Die Gesetzgebungspraxis der letzteren Zeit lenkt aber die Aufmerksamkeit eben darauf, dass solche Benennungen — insbesondere mit Hinsicht auf die Differenzierung — eine sehr grosse Bedeutung haben. Die Bestrebung, dass das Gewicht des verübten Deliktes und der Gesellschaftsgefährlichkeit des Täters in der Rechtspflege und im Werturteil der Öffentlichkeit auf eine gleiche Ebene gestellt wird, motiviert über den bisherigen Änderungen hinaus in genügendem Masse, dass im Zusammenhang mit der zukünftigen Gesetzgebung derartige Änderungen auftauchen.

Wir denken also nicht auf die Verschmelzung des Freiheitsentzugs und der Erziehung in einer Besserungsanstalt. Diese Lösung würde auch keine innere Differenzierung innerhalb der selben Anstalt bedeuten, da die Bewegung von einer zur anderen auf der Urteilstätigkeit des Gerichts beruhen würde und der Name und die Organisation der Anstalt den Unterschied ausdrücken könnte. Es würde doch einen grossen Schritt in Richtung des einheitlichen Systems der Sozialisierung bedeuten, weil dadurch abhängig von den erreichten Erziehungsergebnissen das Geltendmachen der Steigerung oder der Verringerung des Zwangselementes ermöglicht würde.

* * *

In diesem kurzen Aufsatz haben wir versucht einige Gedanken skizzenhaft aufzuzeichnen. Eine ausführliche Erörterung der für die Diskussion geeigneten Vorschläge und die durchdachte Einfügung in unser Rechtssystem konnte nicht übernommen werden. Eine Vorlage der Vorschläge in einer vereinfachten Form erlaubt die Tatsache, dass sich die Annahme der Änderungen — ähnlich wie auch in anderen Wissenschaften — auch im Strafrecht nicht der leichten oder schweren Einfügbarkeit in die Struktur, sondern nach der Beurteilung ihrer Lebensfähigkeit gestaltet.

Solchen Überlegungen und Diskussionen gibt die starke Mobilität, die unsere Strafgesetzgebung heute kennzeichnet und die mit der Schaffung der Novelle des StGB nicht abgeschlossen ist, sondern eher erst angefangen hat, eine ganz besondere Bedeutung.

FUSSNOTEN

¹ Veillard — Cybulski: Les jeunes et Niestle (Die Jugendlichen und Niestle) Neuchâtel (273 Seiten)

² István Losonczi: Einige Fragen der beschränkten Zurechnungsfähigkeit vom Gesichtspunkt des Gesetzes und der Praxis (in ungarischer Sprache) Jubiläumsvorträge, Pécs, 1967 (242 Seiten)

L'INDÉPENDANCE RELATIVE DU DROIT PÉNAL DES MINEURS

(RÉSUMÉ)

L'étude se prononce pour l'autonomie relative du droit des mineurs, sans chercher à le séparer des bases communes généralement réalisées dans le droit pénal. Elle s'efforce de tracer le système des normes pénales spéciales relatives aux mineurs pour assurer par suite une plus grande possibilité de le soumettre à un examen autonome. Elle le fait en premier lieu pour donner encore une possibilité plus grande pour la satisfaction par les législateurs et les praticiens des exigences subsistant dans ce domaine. L'auteur souligne que les formes et les moyens de la prévention juridique ne peuvent être statiques surtout à l'égard de la délinquance juvénile, mais ils doivent être mis en harmonie avec le niveau de développement de la société donnée. Suivant les cas l'auteur passe à quelques institutions juridiques dont la transformation ou l'introduction servirait largement le perfectionnement de la prévention pénale. La réalisation moins compliquée de ces buts pourrait être atteinte d'après l'auteur si cette autonomie relative du droit pénal des mineurs n'est pas utilisée à obscurcir la différenciation, mais à organiser la procédure pénale moderne.

ОБ ОТНОСИТЕЛЬНОЙ САМОСТОЯТЕЛЬНОСТИ УГОЛОВНОГО
ПРАВА НЕСОВЕРШЕННОЛЕТНИХ

(РЕЗЮМЕ)

Научная статья высказывается за относительную самостоятельность уголовного права несовершеннолетних, без того, чтобы попытаться отделить его от общих основ, действующих в уголовном праве. Стремится более ярко обрисовать систему уголовных норм, относящихся к несовершеннолетним, чтобы тем самым дать большую возможность для самостоятельного рассмотрения. В первую очередь для того, чтобы создать большие возможности для удовлетворения имеющихся в этой области требований законодателей и применителей закона. Автор подчеркивает, что формы и способы правовой превенции особенно в отношении преступности несовершеннолетних, не могут быть статичны, а должны находиться в гармоническом сочетании с данным уровнем развития общества. Ссылается на несколько таких юридических институтов, изменение или введение которых — по его мнению — служило бы в большей степени дальнейшему развитию уголовной превенции.

Автор считает легче осуществляемыми эти цели в случае, если относительную самостоятельность уголовного права несовершеннолетних используем не для затемнения дифференциации, а для организации современного уголовного права.